

# „Keine größeren Bedrohungen“

**In Österreich gibt es keine größeren Bedrohungen der Sicherheit, aber der islamistisch motivierte Extremismus und Terrorismus stellt nach wie vor eine Gefahrenquelle für Europa dar.**

Der Verfassungsschutzbericht zeigt, dass wir in Österreich keine größeren Bedrohungen der Sicherheit haben“, sagte Innenministerin Dr. Maria Fekter bei der Vorstellung des Verfassungsschutzberichts 2010 am 26. April 2010 in Wien. Der vom Bundesamt für Verfassungsschutz und Terrorismusbekämpfung (BVT) erstellte Jahresbericht gibt einen Überblick über die wichtigsten Gefahrenquellen und Entwicklungen in den staatschutzrelevanten Bereichen wie Terrorismus, Extremismus, illegaler Waffenhandel, Proliferation und nachrichtendienstliche Tätigkeiten im Jahr 2009.

**Terrorismus.** „Der islamistisch motivierte Extremismus und Terrorismus stellt nach wie vor eine Gefahrenquelle für Europa und auch für Österreich dar. Wir können es uns nicht leisten, diesen Gefahrenbereich zu vernachlässigen, da wir verstärkt Radikalisierungs- und Rekrutierungsaktivitäten in Österreich registrieren. Nach unseren Erkenntnissen gibt es Hinweise auf Reisebewegungen nach Pakistan, in die pakistanisch-afghanischen Grenzgebiete und nach Somalia“, sagte Fekter und verwies auf die Notwendigkeit des in der Vorwoche im Ministerrat verabschiedeten Terrorismus-Präventionsgesetzes. Die Teilnahme an Terrorcamps und die Ausbildung für terroristische Zwecke wird damit künftig unter Strafe gestellt. „Radikalisierung und Extremismus haben keinen Platz in unserem Land. Daher ist das Terrorismus-Präventionsgesetz ein unverzichtbarer Baustein für die Grundwerte unseres Rechtsstaats“, betonte Fekter.

Im Jänner 2009 wurde in Wien ein tschetschenischer Asylwerber ermordet und im Mai 2009 kam es in einem Sikh-Tempel in Wien zu einem Vorfall, bei dem ein aus Indien angereister Guru getötet und mehrere Personen zum Teil schwer verletzt wurden.

**Der Rechtsextremismus** in Österreich bewegt sich im internationalen Vergleich weiterhin auf niedrigem Niveau und ist keine akute Gefahr für die demokratische Grundordnung. 2009



**Präsentation des Verfassungsschutzberichts 2010: BVT-Direktor Peter Gridling, Innenministerin Maria Fekter.**

wurden 453 rechtsextremistisch motivierte Straftaten registriert, um zwei mehr als 2008. Es handelte sich im Wesentlichen um Verbaldelikte und Sachbeschädigungen sowie um postalisch, per SMS oder E-Mail versandte einschlägige Botschaften. Das BVT und die Landesämter für Verfassungsschutz und Terrorismusbekämpfung (LVT) haben einen Aktionsplan mit regionalen Schwerpunkten erstellt und umgesetzt.

**Linksextremismus.** Die Zahl der linksextremistisch motivierten Straftaten ist von 64 (2008) auf 90 (2009) angestiegen. Der überwiegende Teil der Anzeigen betraf Schmieraktionen, Klebeaktionen und Vandalismus. Die linksextreme Szene ist durch ideologische Differenzen und interne Konflikte gekennzeichnet. Konsens gibt es beim Thema Antifaschismus. „Hier registrieren wir eine Zunahme von Provokationen. Dieser Trend in der linken Szene birgt ein Konfliktpotenzial und die Gefahr, dass schwere Straftaten verübt werden“, warnte Fekter.

**Militante Tierrechts-Aktivistinnen.** Die polizeilichen und gerichtlichen Maßnahmen gegen militante Tierrechtsgruppen im Jahr 2008 haben dazu geführt, dass die Zahl der Straftaten militanter Aktivistinnen stark zurückgegangen ist. Wurden 2008 noch 36 Delikte re-

gistriert, waren es 2009 nur mehr drei, darunter allerdings eine Brandlegung mit ca. 400.000 Euro Schaden. Die militante Tierrechtsszene richtete ihr besonderes Augenmerk 2009 auf die Anwerbung von Aktivistinnen und auf die Neugründung von Organisationen.

**Nachrichtendienste und Spionageabwehr.** Österreich ist nach wie vor ein bedeutender Einsatzraum für Nachrichtendienste. Die Zahl der in Österreich stationierten Nachrichtendienstoffiziere ist überproportional hoch. Bei nachrichtendienstlichen und Spionageaktivitäten geht es nicht nur um die Ausspähung von Geheimnissen, sondern auch um Einflussausübung und Manipulation von Haltungen und Überzeugungen, um im internationalen Wettbewerb oder im bilateralen Verhältnis eine vorteilhafte Position zu erlangen.

„Dem BVT kommt im Zusammenhang mit der Aufklärung und Bekämpfung von nachrichtendienstlichen Aktivitäten eine wichtige Rolle zu“, betonte Fekter. „Gegen Österreich gerichtete nachrichtendienstliche Aktivitäten, Ausspähungs-, Manipulations- und Beeinflussungsversuche von Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Gesellschaft sind rigoros aufzuklären und mit den zur Verfügung stehenden Mitteln unabhängig vom Ansehen der Beteiligten abzuwehren und zu bekämpfen.“

**Proliferation.** „Eine wichtige Herausforderung für die internationale Staatengemeinschaft ist, die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen zu verhindern“, sagte die Innenministerin. „Österreich ist als Mitglied des UN-Sicherheitsrats besonders gefordert, mit gutem Beispiel voranzugehen. Wir nehmen die Verhinderung und Aufklärung von Proliferationsdelikten sehr ernst.“ Die österreichische Wirtschaft müsse zudem davor geschützt werden, Opfer von Proliferations-Netzwerken zu werden. Das BVT hat mit den LVTs ein Programm zur Bewusstseinsbildung in diesem Bereich entwickelt und berät Unternehmen.

Verfassungsschutzbericht 2010 im Internet: <http://www.bmi.gv.at>